

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Ver kündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusußtasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 3 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 4

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 5, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreigespaltene Beilagen oder deren Raum berechnet

Deutscher Bauarbeiterverband.
Dritter ordentlicher Verbandstag.
 Verbandsvorstand und Verbandsbeirat haben in gemeinsamer Sitzung am 8. Februar beschlossen, den dritten ordentlichen Verbandstag auf **Sonntag, den 9. Mai**, nach Karlsruhe einzuberufen.

Das Nähere wird demnächst noch bekanntgemacht. Die Vereinsvorstände werden hiermit ersucht, sofort die Aufstellung der Kandidaten in die Wege zu leiten sowie etwaige Anträge zum Verbandstage an den Verbandsvorstand einzusenden. Die Namen der Kandidaten müssen bis zum 18. März den Bezirksleitern mitgeteilt werden.

Öffentliche Rüge.
 Im November 1919 ist dem Verbandsvorstand bekannt geworden, daß von einigen Verbandsmitgliedern, die das Bedürfnis haben, den Verbandsvorstand zu stützen und eine kommunizitäts-unabhängige Verbandsleitung zu bilden, eine Sonderkonferenz oppositioneller Verbandsmitglieder nach Halle einberufen sei. Auf dieser Konferenz sollte die Disposition organisiert und zu einheitlichem Vorgehen auf dem nächsten Verbandstag zusammengeführt werden. Außerdem sollte die Konferenz der Propagierung des Nützlichen im Gegensatz zu den Gewerkschaften dienen.

Der Verbandsvorstand sieht in solchen Sonderkonferenzen — ganz gleich, von welcher Richtung sie einberufen und befehligt werden — eine Gefahr für die Einheit der Organisation. Er hält es zwar für ein selbstverständliches Recht eines jeden Verbandsmitgliedes, auf die Befreyung der heutigen Verbandsleitung hinzuwirken. Er ist aber der Meinung, daß dies in Maßnahmen der Gesamtorganisation und nicht in Sonderzusammenkünften einzelner Verbandsmitglieder geschehen sollte. Die Bezirkskonferenzen und der Verbandstag sind zur Austragung solcher Bestrebungen das geeignete Feld, nicht aber geheime Zusammenkünfte, an denen ohne jede Mitwirkung oder auch nur Kontrolle der Gesamtmitgliedschaft über die wichtigsten Verbandsangelegenheiten verhandelt und entschieden wird.

Aus diesem Grunde hat der Verbandsvorstand seinerzeit im „Grundstein“ und durch Rundschreiben vor der Bescheidung der Sonderkonferenz in Halle gewarnt. Eine kleine Anzahl von Vereinen hat die Konferenz trotzdem befehligt.

Verbandsvorstand und Verbandsbeirat haben sich am 7. Februar auf ihrer Konferenz in Hamburg mit dieser Sache beschäftigt und beschlossen, daß allen Verbandsmitgliedern und Teilnehmern an der Sonderkonferenz in Halle eine öffentliche Rüge zu erteilen ist.

Der Verbandsvorstand bringt diesen Beschluß hiermit zur Kenntnis der Kollegen.

Ausschlußverfahren gegen den Verein Bremen.

Das Verbandsstatut enthält im § 34 Absatz 1 folgende Bestimmung:
 Vereine, die gegen das Statut und die Verbandstagsbeschlüsse handeln und trotz Verwarnung dabei beharren, können vom Verbands-

vorstand und Verbandsbeirat aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Den Mitgliedern des Vereins, die das Verhalten des Vereins mißbilligen, wird sofort Gelegenheit gegeben, ihr Verbandsrecht zu wahren.

Der Verein Bremen hat die Kollegen Geßten, Wichmann und Wulf aus dem Verband ausgeschlossen, weil sie als Mitglieder der Bremer Bürgerwehr gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bremen gestimmt haben. Ferner hat er eine Anzahl Mitglieder ausgeschlossen, weil sie der Reichswehr angehört. Jemanden Verstoß gegen das Verbandsstatut oder gegen die Beschlüsse des Verbandstages haben sich die ausgeschlossenen Kollegen nicht zuschreiben können lassen. Auch haben sie in keiner Weise gegen die gewerkschaftlichen Interessen verstoßen.

Der Verbandstag in Weimar hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß kein Verbandsmitglied wegen seiner politischen Gesinnung oder wegen politischer Handlungen aus dem Verbande ausgeschlossen werden darf. Der Verbandsvorstand hat darauf im „Grundstein“ wiederholt hingewiesen und die Vereine und Mitglieder vor Ausschluß und Maßregelung politisch Andersdenkender gewarnt.

Der Verein Bremen hat sich sowohl über den Beschluß des Verbandstages wie über die Warnungen des Verbandsvorstandes hinweggesetzt. Er hat auch der wiederholten Aufforderung des Verbandsvorstandes, den Ausschluß der genannten Kollegen wieder rückgängig zu machen, ihnen die Verbandsbeiträge wieder abzunehmen und den „Grundstein“ wieder zuzustellen, nicht Folge geleistet.

Unter diesen Umständen sahen sich Verbandsvorstand und Verbandsbeirat in ihrer Sitzung am 7. Februar gezwungen, vom § 34 des Verbandsstatuts Gebrauch zu machen und folgenden Beschluß zu fassen:

Falls der Verein Bremen bis 20. Februar 1920 die ausgeschlossenen Mitglieder Geßten, Wichmann und Wulf sowie die ausgeschlossenen Angehörigen der Reichswehr nicht wieder in den Verband aufgenommen hat, gilt er als ausgeschlossen.

Bis zur Entscheidung des Vereins Bremen ruhen alle Rechte der Mitglieder.

Der § 34 Absatz 4 des Verbandsstatuts lautet:

Ausgeschlossene oder ausgetretene Vereine oder Mitglieder haben keinerlei Anrecht an das Vermögen des Verbandes und auf Unterstützung. Löst sich ein Verein auf oder wird er vom Verbandsvorstand und Beirat aufgelöst, so sind die der Organisation gehörigen Bücher, Gelder (auch die Kassenbestände) und sonstigen Aktiva dem Verbandsvorstand einzusenden oder an die Stelle abzuliefern, die der Verbandsvorstand bestimmt.

Auf Grund dieser Bestimmung haben Verbandsvorstand und Verbandsbeirat den Bezirksausschuß in Bremen beauftragt, den Verbandsvorstand bei allen sich aus dem Ausschluß des Vereins Bremen ergebenden Rechtsgeschäften usw. zu vertreten. An ihn hat der Verein Bremen alles Eigentum des Verbandes abzuliefern.

Den Mitgliedern des Vereins Bremen, die das Verhalten des Vereins mißbilligen, wird sofort Gelegenheit gegeben, ihr Verbandsrecht weiter auszuüben.

Hamburg, den 8. Februar 1920.

Der Verbandsvorstand.
 J. A.: Fr. Paeplov.

Erste Konferenz sozialisierter Baubetriebe.

Es war eine stattliche Versammlung, die, von dem Vorstande des Deutschen Bauarbeiterverbandes eingeladen, am 5. und 6. Februar im Gewerkschaftshause zu Hamburg tagte, um sich eine Ueberschau zu geben über das neue Tätigkeitsfeld der organisierten Bauarbeit. Es galt, die in der Sozialisierung von Baubetrieben, in der Errichtung von Bauproduktionsgenossenschaften bisher gemachten Erfahrungen auszutauschen und sich mit ihrer Hilfe über die besten Wege zu vergewissern.

Am 10 Uhr eröffnete Kollege Paeplov die Versammlung mit einer kurzen Begrüßung. Eingeladen waren alle baugewerblichen Arbeitsgenossenschaften und sozialisierten Baugenossenschaften, von deren Bestehen der Verbandsvorstand Kenntnis erhalten hatte. Ferner waren die Regierungen des Reiches und der Staaten eingeladen, die Großaufsehergesellschaft und der Zentralverband deutscher Konsumvereine, die Hamburger „Produktion“ und die Verbände der baugewerblichen Verbände. Die meisten der eingeladenen Vereine und Körperschaften hatten Vertreter entsandt; auch wohnte der Verbandsbeirat des Bauarbeiterverbandes der Versammlung bei. — Der vorgeschlagenen Tagesordnung folgte die Konferenz zu. Sie lautet:

1. Bericht über den Stand der Sozialisierung. (Berichterhalter: A. Esslinger, Hamburg.)
2. Bericht der Delegierten über die Erfahrungen der einzelnen Genossenschaften.
3. Gründung eines Verbandes sozialer Baubetriebe. (Referent: Stadtbaurat Dr.-Ing. Martin Wagner, Berlin-Schöneberg.)
4. Die Finanzierung sozialer Baubetriebe. (Referent: Herr Thielde, kaufmännischer Leiter der „Baughütte“, Berlin.)
5. Sonstiges.

Die Leitung der Verhandlungen wurde unsern Kollegen Paeplov und Herrn Kaufmann vom Bund der technischen Angestellten als Vorsitzende sowie dem Kollegen Popp, Nürnberg, und Herrn Fallenberg, Berlin, als Beisitzer übertragen. Sodann dankte Herr Dr. Gulland, Vertreter des Reichswohnungs-

kommissars in einer Begrüßungsansprache im Namen des Kommissars für die Einladung. Die Förderung der baugewerblichen Tätigkeit durch sozialisierte genossenschaftliche Arbeit kümmerne den Staat nicht hoch als theoretische Erörterung, sondern vor allem komme es darauf an, praktisch zu greifbaren Ergebnissen zu kommen. Die nächsten Aufgaben seien die Beschaffung von Bauland, von Geld und von Baufstoffen. Baufkostenzuschüsse stellen den Bau von Kleinwohnungen erleichtern. Eine große Aufgabe stehe daher in der Beschaffung von Wohnungen für Vergewerkslichte, damit die gerade das Baugewerbe so schwer hemmende Kostentrappe behoben werden könne. Die vorhandenen Baufstoffe lassen sich leider nicht restlos erfassen. Um dies aber doch nach Möglichkeit zu erreichen und den Bau von Kleinwohnungen nicht zu gefährden, seien Rückstellungen für den Einkauf von Baufstoffen zu erwirken. Auch in Hamburg werde eine solche bestehen. Die sozialisierten Baubetriebe seien nicht als ein Gegenstand, sondern als ein Gegenstand privater Unternehmungen aufzufassen.

Genosse Heinrich Kaufmann begrüßte die Konferenz für den Zentralverband deutscher Konsumvereine. Er sei von jeder ein Freund der Arbeitsgenossenschaften



gemein. Betreiben doch auch die Konsumvereine eigene Produktion, wenn auch nicht für den allgemeinen Markt, sondern für ihren Bedarf. Die Frage der Arbeitsgenossenschaften habe schon einmal um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, in den Anfängen der modernen Arbeiterbewegung, mit dem Aufstreten des ersten großen Gewerkschaftsverbandes, der Arbeitervereine, eine große Rolle gespielt. Doch sei von den damals ins Leben gerufenen Produktionsgenossenschaften heute fast nichts mehr vorhanden. Es fehlte ihnen an Kapital, an einem Absatzgebiet sowie an Disziplin. Die später erlandenen Konsumvereine organisierten sich ihr Absatzgebiet, erarbeiteten sich ihre Kapitalien, ergaben ihre Mitglieder zu genossenschaftlicher Treue und sind dadurch groß und stark geworden, trotz aller Anfeindungen, mit der kapitalistische Klasse sie reichlich bedachten. Bis vor etwa 10 Jahren schien es, als seien die Kräfte über die Arbeitsgenossenschaften endgültig geschöpft. Da kam in Italien eine neue Art der Arbeitsgenossenschaften auf, die lediglich die Arbeitsausführung organisierte. Die Auftraggeber, meistens die öffentlichen Behörden des Staates, stellten die Geräte, die Lohnen usw. Die Genossenschaften übernahmen nur die Ausführung der Arbeit, brauchten also nicht nach einem Absatzgebiet zu suchen. Und diese Unternehmungen hatten Erfolg. Wenn nun unsere neue genossenschaftliche Bewegung sich mit ähnlichen Mitteln durchzusetzen sucht, so werden ihre Genossenschaften Bestand haben, wenn ihre Mitglieder sich in genossenschaftlicher Treue und Eingabe geistig als reif erweisen.

Nachdem Kollege P a e p l o w die Anwesenden gebeten hatte, sich zur Feststellung einer Anwesenheitsliste in die ausliegenden Listen einzutragen, leitete

Kollege E l l i n g e r durch einen Vortrag die Berichtserstattung über den Stand der Sozialisierung ein. Die Sitzung herausgegebene und allen Teilnehmern zugestellte Schrift enthält nahezu alles, was dem Berichtserstatter bisher über Schritte zur Sozialisierung von Baubetrieben bekannt geworden ist. Hervorzuheben ist jedoch der Stand des Sozialisierungsgebändens in der öffentlichen Diskussion. Er beschäftigt die Reichs- und Staatsbehörden, die Gemeindeparlamente, die höheren Baubehörden, die Fachpresse usw. Die allgemeine Teilnahme hat ihre Ursache darin, daß das Unhaltbare, die völlige Unzulänglichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise in keinem Berufsgebiete so klar zutage trat wie im Baugewerbe, wie in der Versorgung des Volkes mit Unterkünften. Den Beweis hierfür sind die geradezu unerschwinglich gewordenen Baukosten. Sie sind viel stärker gestiegen als die Löhne der Arbeiter. Das Bauen war stets in weitem Maße eine öffentliche Angelegenheit und wird es ferner noch mehr als je vorher sein. Heute kann nur noch bauen, wer aus öffentlichen Mitteln Zuschüsse erhält. Die Unternehmer fordern fabelhaft hohe Lohnaufschläge. Dies Streben nach Profit drückt auf die Bauqualität. Die Klagen über Arbeitslosigkeit und mangelnde Leistungen der Arbeiter treiben zum guten Teile auf Liebertreibungen. Zum Teil liegt auch eine gewisse positive Neigung zugrunde, weil es den Arbeitern wiederholt, sich in den Dienst eines rückwärtsstrebenden Strebens nach übermäßigem Profit zu stellen. Beteiligt man die Arbeiter etwa nach dem Plane Dr. Wagners an dem Arbeitsertragnis, so wird über mangelnde Leistung nicht mehr zu werden sein. Für ein soziali-

siertes Bauwesen gibt es verschiedene Wege. Der Staat, die Gemeinden können in einem den neuzeitlichen Verhältnissen angepaßten Regiebetrieb selbst Träger der Produktion werden. Arbeits- und Produktionsgenossenschaften können diese Aufgabe übernehmen. Ebenso können Bau- und Wohnungsgenossenschaften in eigener Regie bauen oder ihre Bauten von besonderen Organisationen ausführen lassen. So hat die Stadt Bauhütte einen Regiebetrieb eingerichtet. Auch die „Bauhütte“ in Berlin bezieht Regier als einen staatlichen Betrieb, wenn auch Herr Dr. Wagner dem widersprechen sollte, da er sich ja gegen jede Verstaatlichung oder Kommunalisierung erklärt; denn die „Bauhütte“ arbeitet zum größten Teile mit öffentlichen Mitteln, die ihr durch die Reichliche Bauhütten A.-G. als Kreuzründerin der staatlichen Behörden zur Verfügung gestellt sind. Arbeiter können in diesem Unternehmen im Höchste bis zu 49 Hundertstel der Kapitalanteile erwerben. Soweit die bisherige Entwicklung zu übersehen ist, geht es mehr in der Richtung der Genossenschaftsbildung, als in der Richtung der Verstaatlichung und der Kommunalisierung. Schwer ist es, die bereits bestehenden Genossenschaften nach einheitlichen Merkmalen zusammenzufassen. In der Hauptsache sind zurzeit folgende 3 Gruppen zu unterscheiden: 1. Arbeitsgenossenschaften, 2. selbständige produktionsgenossenschaftliche Baubetriebe, 3. Bau- und Betriebsgenossenschaften. Die Bau- und Betriebsgenossenschaften sind zum Teil befristet, ihr Tätigkeitsgebiet zu erweitern. Einzelne wollen nicht nur Bauten ausführen, sondern das ganze Wohnungswesen in ihren Aufgabensphären ziehen, ja eine will sogar das gesamte Wirtschaftsleben sozialisieren. Genossenschaften von Architekten und Techniker zur Verarbeitung von Bauplänen, Kostenanschlägen usw. schließen sich solche zur bloßen Liebernahme der Handarbeiten an. Welche Form der Genossenschaften die beste, die zweckmäßigste ist, wird man erst beurteilen können, wenn weitere Erfahrungen gesammelt sein werden. Die beiden größten Notwendigkeiten liegen zurzeit in der Beschaffung von Kapital und in der Heranziehung tüchtiger Betriebsleiter. In Hamburg, wo sich inzwischen auch eine Genossenschaft gebildet hat, sind die geeigneten Stellen bereit, Mittel bereitstellen für einen Versuch etwa nach dem Plane Dr. Wagners. Wenn dies bisher nicht zu verwirklichen war, so deshalb, weil der rechte Mann für die Leitung noch nicht gefunden ist. Dies liegt vielleicht daran, daß uns mit der Technikerorganisation noch die rechte Verbindung fehlt, wodurch wir bisher gehindert waren, die rechten Männer kennen zu lernen. Soweit dem Vortragenden selber berichtet war, bestanden 36 sozialisierte Baubetriebe, und zwar 31 Genossenschaften, 2 Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 2 Regiebetriebe und 1 Regiebauverein. Er schloß seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Konferenz zusammengerufen ist, damit ihre Teilnehmer für ihr ferneres Wirken voneinander lernen, was zum Besten der Arbeiterschaft und des Sozialismus gelingen möge.

Herr K a u f m a n n, Vorsitzender, spricht Johann seinen Dank aus für die Vernehmung zum Berichtenden dieser Sitzung. Er begrüßt dies als ein Zeichen für den Willen der Versammelten, daß Hand- und Kopfarbeiter zum Wohle des ganzen Berufes in Einigkeit

zusammenarbeiten müssen. Er teilt noch mit, daß der Reichswirtschaftsminister und der Wiederaufbauminister auf der Konferenz nicht vertreten seien, weil andere Geschäfte, wie sie mitteilten, sie daran hinderten. Ein Vertreter des ersten erschien jedoch noch am zweiten Verhandlungstage. Ein Antrag, die Tagesordnung zu erweitern und in einem besonderen Punkt: „Das Genossenschaftswesen“, noch die besonderen Arten von Genossenschaften, wie zum Beispiel die „Leutnant“ in München und die Arbeitsgemeinschaft in Gera, besonders zu behandeln, wird gegen 1 Stimme abgelehnt, nachdem Herr Dr. Wagner und Kollege Ellinger erklärt hatten, daß Gelegenheit genug geboten sei, diese Einrichtungen zu erörtern.

Die Konferenz wandte sich dann dem zweiten Punkt der Tagesordnung zu, den Berichten der Delegierten über die Erfahrungen in den einzelnen Genossenschaften. Diese Berichte füllten den Rest der Vormittags-sitzung und die ganze Nachmittags-sitzung aus. Gleich nach den ersten Rednern machte es sich nötig, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken. Dank der wiederholten Mahnungen des Vorsitzenden zur Kürze kamen denn auch alle Redner zum Wort bis auf einen oder zwei, die zurücktraten, um nicht über andere Genossenschaften schon Geäußertes für die übrige zu wiederholen. Ein Antrag, die Aussprache vorher zu schließen, wurde auf Anraten des Vorsitzenden zurückgegeben, da es sich um eine Berichterstattung handelte, zu der man niemand die Gelegenheit verweigern sollte, der zu berichten wünsche. In den meisten Berichten lehrte die Frage wieder, daß die sozialisierten Betriebe bei den öffentlichen Körperchaften allgemein nicht die Förderung fanden, die ihnen gebührt. Es seien genötigt, sich zu den Verbönderungen um öffentliche Arbeiten zu drängen, anstatt daß die Behörden sie dazu auforderten, wie sie auch die Unternehmungen auffordern. Der Zahlungsverehr sei vielfach noch zu unzulänglich. Während die genossenschaftlichen Auftraggeber die vereinbarten Zahlungsfristen meist pünktlich einhalten, lassen manche Behörden darüber Wochen verstreichen. Schwer ist es den sozialisierten Baubetrieben, bei selbständiger Liebernahme von Arbeiten die erforderlichen Geldmittel, wie die Bauleistungen zu beschaffen. Hierfür soll die Konferenz die geeigneten Wege finden. Das Zusammenarbeiten der Hand- und Kopfarbeiter muß so innig wie möglich werden. Soweit die Vertreter über die innere Ausgestaltung ihrer Genossenschaften berichten, sind sie auf gemeinnütziger Grundlage errichtet. Die Gesellschaften werden nur niedrig verzinst und ein nicht für eine Nützlage oder zum Ausbau des Betriebes benötigter Liebertrag im sozialen Sinne verwendet. Bemerkenswert ist, daß 2 Vertreter vom baugewerblichen Genossenschaftswesen, K a r e e r b e t r i e b e in Berlin und Hamburg, über ein gutes Gedeihen ihrer Unternehmungen berichten. Beide sind schon in den Jahren 1910 bis 1912 gegründet. Auch bei ihrem Entwicklungsgang bestanden die schon genannten Schwierigkeiten. Auch haben sie mit den heutigen Widrigkeiten zu kämpfen; doch wie die Eingabe ihrer Mitglieder sei bisher darüber hinweggeholfen hat, so wird dies auch ferner geschehen. Sinder der Revolution sind die gleichfalls den baugewerblichen Nebenberufen angehörenden Genossenschaften der I s o-

Das Geld Robinson Crusoes.

Nach David N. Wells von Ernst Robert.

II.
Was sie als Geld nahmen.
Geld ist und bleibt Ware. Es fragt sich nur, welchem Handelszweige es gehört, auf dem Wege der Gewöhnlichkeit, des billigen, weitverbreiteten Menschenverkehrs, den Vorzug über andere zu erlangen. Wagnisse und Annehmungen wechseln bei Wätern, wie beim einzelnen entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung und Lage. Der oberflächlichsten Betrachtung möchte es allerdings fast scheinen, als ob die Wätern keine oder besser gesagt, die Ware bei dem Naturzustand der Dinge, die gemeinlich als Geld gelten haben; so in Ziegenform gepreßter Tee in China und der Zerkleinerung, Salz in Abessinien, Seidenstoffe an der Westküste von Mexiko, Silberstücke und Wampumpartikel bei den nordamerikanischen Indianern, vor allem aber Vieh bei den Geldbesitzern in Indien. In der Natur ist Vieh ein wertvolles und rechtliches Gut, und die meisten tapferen und redlichen Händler in Südamerika — Dinge, die sich von jeher erzeugen oder sammeln und beliebig vermehren lassen, kamen praktisch nie und nirgendwo als Geld in Frage. Auch der gesunde Menschenverstand der Genossen unserer Robinsoninsel war nicht durch die grobe Behauptung aufgesteckt: Je leichter der Stoff sei, aus dem man Geld mache, desto besser sei das für den Staat und seine Bürger. Die bloße Erklärung der Gesellschaft, einem Stückchen Papier einen bestimmten, dauernden Wert zu geben.

Rein, die Robinsonianer waren keine solche Loren, daß sie der Münzprägung und dem Münzhandel Zür und Zor geöffnet hätten. Ihnen lagen zunächst die K a u f m a n n u s e l n bessere Dienste. Sollten sie aber wirklich nichts Besseres als dieses gewöhnliche, uralte Schmuck-

geld der Wätern? O, ihre Wahl war die schlechteste noch lange nicht. Die Münzprägung waren ziemlich selten und man stellt allmählich fest, daß es etwa die gleiche Zeit in Anspruch nahm, 100 dieser Münzstücke zu sammeln oder zu schaffen, als man unter Dach und Fach zu bringen. Da 20 Scheffel Korn aber den Wert eines Flusses darstellten, so mußte man für diesen 2000 Kauris in Tausch geben. Schade, daß das hübsche Geld sich seines langen Daseins modern anmutenden Finanzkraft nach einigen benachteiligten Jahren endeten ein paar junge Leute in einem einjähren Wuchst ein wahres Mühselparadies, wo die wertvollen Schalen zu Tausenden angehäuft waren. Die glücklichen Händler schmeizeln und handelten. Mit gefüllten Kisten liehen sie heim, kauften noch Herzenslust ein und gaben sie in ihrer dem Meer anflammanden Münze. Es kam Geld unter die Leute. Massenhaft. Man mußte nicht, wie es zugeht. Aber jeder hatte mehr als früher. Der Handel blühte förmlich auf. Der Warenumfang verdoppelte und verdreifachte sich. Was man auch anbot, man sprach sich über den Preis und die Preise stiegen enorm. Man war inelastisch und bald unter 4000 Kauris nicht mehr zu haben, mit andern Worten, das Geld hatte seine Kaufkraft zur Hälfte verloren. Und was das Geld hatte seine Kaufkraft zur Hälfte verloren, das Geld hatte seine Kaufkraft zur Hälfte verloren. Es tat sich nichts an. Man war inelastisch und bald unter 4000 Kauris nicht mehr zu haben, mit andern Worten, das Geld hatte seine Kaufkraft zur Hälfte verloren. Und was das Geld hatte seine Kaufkraft zur Hälfte verloren, das Geld hatte seine Kaufkraft zur Hälfte verloren.

wollte nun seinen Schatz möglichst bald los werden und gegen etwas ansehnlicher oder wirklich Sicherer eintauschen. Auch die Herren Schuldner überboten sich in dem wofür sie ihren Kredit, ihre gegen Erwarteten nicht immer erfüllten Pflichten in Kauris zu befristeten. Unternehmungen, wie die eines Zuerstaus durch die kleine, Pflanze aus dem Boden. Der Postenanzwachs von 30 Millionen Kauris war ja eine Kleinigkeit, wenn das Vertrauen der Mitbürger in das „rentable“ Unternehmen durch Liebertragung des Betrags im Sande verwehen bewiesen sich. Auch andere große Unternehmungen lüdt man sich Leben zu rufen. Eine wahre Grünbergzeit war angedroht.
Aber, der Krieg ging auch hier so lange zum Vornein, bis er brach. Das Geheimnis der Kaurisinsel wurde eines Tages enthüllt. Wilde Westfahrer nach jener stillen Nacht mit ihren reichen Mühselstücken begannen. Bald war kein Schatz mehr für andere dringliche Transporte zu beschaffen. Mehrere besonders habgierige Inselbewohner liehen ihre allzuviel beladenen Kanus abzugeben mit dem Niedrigst in sich zusammen und rufen die Kauris auf der Insel. Auf der Insel selbst häuften sich das Kaurisgeld. In Kisten und Körben sah man es in den umliegenden Dörfern liegen. Das war die unabweisliche Folge? Die Preise stiegen, der Geldwert sank. Man mußte nun, um einen mit vier Pferden bespannten Frachtwagen zu beschaffen, die Bombe darh. Der Kauris war da. Handel und Wandel standen still. Der Staat wie die Holländer auf Java der hierher zogen des 10. Jahrhunderts kam der Finanzminister des Landes namens zunächst auf den unglücklichen Gedanken, immer noch mehr Kauris unter die Leute zu werfen, in der stillen und weichen Stimmung, dadurch den Handel wieder zu beleben. Vergebliche Mühen! Zwar gab es noch besonders Mühe und darunter Wälfiler das Plus, die allenthalben die Leute ermahnten, daß zur Wiedergewinnung Vertrauen zu haben. Allein, wo sollte dies

hier in Berlin sowie der Klempner und der Zöpfer (Ofenheizer) in Hamburg. Auch die Berichte ihrer Vertreter geben die Überzeugung, daß sie sich durchsetzen werden. Wie vortrefflich es für die Gemeinden ist, mit den Arbeitsgenossenschaften zusammenzuarbeiten, zeigte Kollege Poppe als Vertreter der dortigen Gebäudereigenenschaft an einem eigenen Beispiel der Stadterhaltung, worin sie bestrebt, daß ihr an einigen Arbeiten eine Ausgabe von mehr als 100 000 erspart wird, indem sie die Arbeiten durch die Genossenschaft ausführen ließ. Die Stadterhaltung erkennt an, daß die genossenschaftliche Arbeit zu geordneten Verhältnissen und zu guten Leistungen führe. Die Arbeiten sind zur Zufriedenheit ausgeführt und haben noch keinen Anlaß gegeben zu irgend welchem Tadel.

Kollege Gogoski, Lübeck, hob hervor, daß seine Genossenschaft nicht nur das Baugewerbe sozialisieren wolle, sondern auch und nach alle Bereiche. Das ganze Wirtschaftsleben wolle sie aus der kapitalistischen in die genossenschaftliche Produktionsform überführen, um eine Volkswirtschaft zu erreichen. Die Konkurrenz war dem Kollegen deshalb nicht weit genug gefaßt. Es hätten alle Berufe daran teilnehmen sollen.

Kollege Bödiger, Oerz, ist gleichfalls der Meinung, daß das Ziel der Sozialisierung gar nicht weit genug gesteckt werden könne. Die Genossenschaften bilden das Erziehungsmittel zum Sozialismus. Er folgt die Sozialisierung auf als Gegenstück zu den Vertreibungen, die sie durch soziale Reformen, durch Verstaatlichung oder Kommunifizierung bewerkstelligen wollen. Von den öffentlichen Gewalten, der Vertretung der Allgemeinheit, in deren Dienst sich die Genossenschaften stellen, können sie auch die Mittel zur Durchführung ihrer Aufgaben verlangen. Die Verwirklichung seiner Genossenschaft besteht aus dem Wirtschaftskreis, dem Vorstand und einem aus den arbeitenden Mitgliedern gebildeten Aufsichtsrat. Die Lösung der Arbeiterfrage liegt im Vordergrund.

Herr Dehner, Vertreter der „Bauhütte“, bemerkt, manche der hochliegenden, idealen Pläne werden bei der bevorstehenden Arbeit nicht verwirklicht werden. Die „Bauhütte“ hat zurecht Maßregeln im Werte von 6 bis 7 Millionen Mark für die Heimstättenvereine, für den Wohnungswesenverein usw. auszuführen. Die nächsten Jahre werden zu dem Unternehmen. Die Formen der Genossenschaft eignen sich für die einfache Arbeitsübernahme, die möglichst wenig Geräte und Material erfordert. Für einen selbständigen sozialen Baubetrieb ist diese Form unzulänglich, einem solchen Betriebe entspricht besser die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Weiters eigenartig ist, was Kollege Staubinger, München, über den Aufbau der dortigen Genossenschaft „Neuland“ berichtet. Neben der eigentlichen Arbeitsgenossenschaft bestehen noch eine Baubetriebsmittelenossenschaft, die alle Hilfsmittel, wie Geräte usw. zu beschaffen hat sowie eine Bauhilfsvereingensossenschaft; diese hat für die Bereitstellung der Baustoffe zu sorgen, sei es, daß sie solche auf dem freien Markte erwerbe oder in eigenen Fabriken erzeugen läßt. Auch die Vorbereitung der Pläne und Kostenschätzungen durch die Architekten und Techniker ist genossenschaftlich organisiert. Architekten und Techniker arbeiten möglichst unabhängig von der eigentlichen Bau-

wirtschaft, was natürlich nicht hindert, daß Techniker in der Arbeitsgenossenschaft mitarbeiten. Genossen, die in die Genossenschaft aufgenommen sein wollen, müssen vorher durch ihre Arbeitsfähigkeit ihre Brauchbarkeit bewiesen haben.

Kollege Forter, Karlsruhe, schilderte die Verhältnisse in Baden. Die an das Stumpfenwerkse Heimgarten-gebiet geknüpften Hoffnungen erfüllten sich nicht, da die bürgerliche Regierung in der Landesoberverwaltung Schwierigkeiten machte. In der Verwaltung bildete dann einen besonderen Ausschuß, der eine Musterfabrik ausarbeitete und mit einer Denkschrift für die Errichtung von Bau-genossenschaften arbeitete. So traten in verschiedenen Orten die „Selbsthilfe“ genannten Genossenschaften ins Leben. Sie schloßen sich der Land- und Siedlungsbank an, zahlten dort ihre Anteile und erhielten Kredit. Stellen sich die Unternehmer bei einer Wohnbewegung bodenlos, so übernehmen die Arbeiter diese Arbeiten. Die genossenschaftliche Arbeit hat sich gut bewährt. Zum Gelingen der Genossenschaften ist es nötig, an den einzelnen Orten die geeigneten Kräfte für ihre Leitung zu berufen.

Herr Regierungsbaumeister Dr. Jizier, Neustadt, sprach für die Kommunifizierung der Baubetriebe. Neustadt hat als erste Großstadt Regiebauten in größerem Maßstabe ausgeführt. Es sind kurzzeitbauten in Arbeit mit einem Rohwert von etwa 20 Millionen Mark. Vor der Revolution wollte die bürgerliche Mehrheit nichts von einer Kommunifizierung wissen. Die Unternehmer jubilierten meistens nur noch auf Grund sehr dunkler Rechnungen. Bei ihren Aufträgen kamen man nicht davon frei, sich überfordert zu fühlen. Im kommunifizierten Betrieb wird dies vermieden. Bestände an ihrer Stelle eine Produktivgenossenschaft oder eine Baugesellschaft, so müßte man entweder diesen ein Monopol auf die zu vergebenden Arbeiten einräumen oder sie mit den bestehenden Privatunternehmern in Konkurrenz treten lassen. Das würde wieder zu den alten Verhältnissen führen. Der gemeindliche Regiebetrieb muß so ausgebaut sein, daß ihn die Schwerkraftigkeit des alten Verwaltungsapparates nicht hindert. Wenn nötig, kann man dem Regiebetrieb auch die Form einer G. m. b. H. geben. Die Frage, ob sich diese Betriebsweise bewährt hat, besagt der Redner auf Grund seiner sechsmonatigen Erfahrung. Wenn bei Poststandsarbeiten die Leistungen nicht befriedigen, so sei zu bedenken, daß es meistens Nichtfacharbeiter sind, die diese Arbeiten ausführen. Bei Bauarbeiten, wo Facharbeiten ausgeführt sind, die Ergebnisse bedeutend besser. Bei den Genossenschaften mit Gewinnbeteiligung ist diese der Impuls der besseren Leistung. Im kommunalen Betrieb ist es der ideale, für die Allgemeinheit zu arbeiten also der edlere Antrieb. Aus dem Regiebetrieb werden auch Arbeiten an Unternehmer vergeben. Auch hier sind die Leistungen besser als bei der früheren Vergabeweise. Bei Einfuhr und Einfuhr von Arbeitern ist der kommunale Betrieb ebenso frei wie jeder andere Betrieb. Anspruch auf Pension haben die Arbeiter nicht. Der Betrieb arbeitet aber Hand in Hand mit der Arbeiterkraft. Es hat das Mitbestimmungsrecht bei Betriebsverbesserungen, beim Ausbau der wissenschaftlichen Betriebsführung. Demmer empfiehlt deshalb den Ausbau der Kommunifizierung. Ein anderer Vertreter des Regiebaubetriebes, Herr

Wolff, Remscheid, zeigte die Zwangsmäßigkeiten dieser Verhältnisse an dem Beispiel einer Bauhütte, in der die Arbeiter einen Willkommensbrief erhalten. Das das Baugewerbe lagen nach keine verwirklichten Erfahrungen vor. Jedenfalls sei die Möglichkeit zu erkennen, von der besten bürgerlichen bürokratischen Leitung und muß nach strengen kaufmännischen Grundsätzen geleitet werden. Es hielten die Vertreter der technischen Angehörigen, der die Notwendigkeit der Wohnungsreform, die die Genossenschaften am besten dienen könnten. Die Techniker und Angestellten würden sie so weit wie möglich fördern helfen, ihnen besonders die höchste Fertigkeiten, die sie zur Durchführung ihrer Aufgaben brauchen. Vertreter der Gartenstadt und Siedlerbewegung geben gleichfalls ihr volles Einverständnis zur Zusammenarbeit mit den sozialisierten Baugesellschaften an erkennen. 21 Redner hatten zu der Sache gesprochen, als die Besprechung ihren Abschluß fand. Kollege Poppe sprach über Ergebnisse kurz zusammen. Die Ansprache hat manche gute Anregungen ergeben. Manchem Vertreter hat sie mit auf den Weg gegeben, etwas fertiger als bisher an die Sozialisierung heranzugehen. Die Kommunisten sind dabei sehr vorgebeugt. Andere können mit es heute nicht wagen, so sozialisieren. Welche Weg der rechte ist, darüber besteht noch keine einheitliche Auffassung. Ueber die Form der Sozialisierung wird noch manche Streit auszufechten sein, manches gute Wort noch dafür gesprochen werden müssen. Und schließlich wird immer wieder die Frage aufkommen, ob nicht doch Staat und Gemeinden die Träger dieser ungeheuer großen Aufgabe, der Sozialisierung, sein müssen. Wie wollen uns freuen, wenn wir morgen beim Abschluß unserer Beratungen sagen können: Wir haben einen guten Anfang gemacht.

Mit einer von Vorlesenden gegebenen Mitteilung über die aus der Anwesenheitsliste festgestellten Teilnehmerzahl schloß der dritte Verhandlungstag.

In der Sitzung am 8. Februar kam zunächst ein Vertreter des Herrn Reichswirtschaftsministers zum Wort, der die besten Glückwünsche seines Chefs zum Gelingen des begonnenen Betriebes überbrachte. Nachdem der Herr kurz auf die am ersten Beratungstage gemachten Ausführungen einging, wies er darauf hin, wie notwendig es sei, das genossenschaftliche Eigentumsbewußtsein zu wecken bei den Arbeitern. Jeder Arbeiter müsse sich regen, wenn er irgendwas einen Spaten verlor oder einen Kalkstein verkauft sehe. Die bisherige Zurückhaltung der intellektuellen Baufachleute sei vorteilhaft darauf zurückzuführen, daß viele dieser Herren sich sagten, es sei eine undankbare Aufgabe, seine Arbeitskraft einer Klasse zur Verfügung zu stellen, die bei der geringsten Meinungsverschiedenheit in Dingen, die außerhalb des Arbeitsverhältnisses liegen, ihre Diener auf die Straße wirft. Unverkennbar machten diese Worte tiefen Eindruck auf die Versammelten. Darauf hielt

Herr Dr. Baurat Wagner seinen Vortrag über „Gründung eines Verbandes sozialer Baubetriebe“. Da wir später den Vortrag wörtlich zum Abdruck bringen werden, so begnügen wir uns hier damit, die von ihm vorgelegten Leitsätze wiederzugeben. Diese lauten:

1. Sozialismus ist Neuland, das nicht als Paradies entbedet und in Besitz genommen werden kann; Sozial-

istbare Seelengut herkommen, wenn niemand wußte, was er für seine Waren und seine Arbeit auch nur am nächsten Tage bekommen würde? Jeder hatte Geld in Menge — in der Notlage, im Bedenken und in der Selbstliebe. Doch dieses Geld war ein Hausen alter Mühsen geworden. Jedermann suchte sich angeht und wieviel geschäftig; doch nicht jedermann war es. Einige grübelte Schlußsätze, darunter auch jene Entdecker der Naturwissenschaften, daß diese Erde kommen. Sie hatten es verstanden, ihren Naturtrieb rechtlich abzugeben und ihn in Grundstücken, Häusern, Geräten, Horn oder sonstige mehr oder weniger wertvoll und sicher anzulegen. Solche Emporkömmlinge und Glückspilze hatten sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichert. Diese füllte sich viel zu gelübt, um sie offen und unangebenlich als Schandfleck oder Schand zu brandmarken. Im Gegenteil, man sprach von diesen dunklen Herrnmannern nie anders, als von „Martern“, gediegenen Geschäftsmännern, die es verdienen, mit ihrem Geld zu gehen. Am es kurz zu machen: das Ende des Naturgesetzes war seine Verwendung zur Gewinnung von Geld. Die Menschen wurden bald gebannt und gemessen und man besticht die Häuser mit seinem eigenen Gelde, das man jetzt doch zu nichts anderem mehr verwenden konnte. Einige Klaffen wurden im Staatsarchiv zur Wehrung für die Notwendigkeit aufgestellt, mit einbrechenden Wintern und stürmischen Zeiten, die das Entsetzen und den Zusammenbruch des goldenen Zeitalters auf der Robinsoninsel veranschaulichten. Die Totengräber aber bekamen für ein paar Tage reichlich Arbeit, denn mancher Geizhals ergränzte sich aus Gram über den Verlust seines zusammengekauften Vermögens, das ihm unter der Hand zu Staub geworden war.

Die Wehrgang für das Volk aber erwachte wie ein neues Taumel. Man fand noch den Baum, über die ganze Staubeil zu hollen und war übergeben, ein gutes Ziel gefesteter geworden zu sein. Man war sich klar darüber, daß man weder zur Naturwirtschaft mit ihren Schwächen und Mängeln, ihren Zufallspreisen und unvollständigen Preisbildungen zurückkehren könne und wolle,

nach sich den Leids erlösender Glücksritter wieder ausliefern dürfe. Allerdings konnte man sich über den Reichtum, wenn man das auf der Hand gefaßt hätte, um so eher freuen, als er in der Gesellschaft durchaus nicht bezeugt bestand. Im Jahre 1680 bestimmte zum Beispiel der Gouverneur von Neu-Amsterdam, dem nachmaligen Newyork, das aus verschiedenenartigen Mühsen bestehende indianische Wampumgeld als gesetzliches Zahlungsmittel der holländischen Kolonie. Als nachherer Entschlossen wollte Wampum nicht gerade das Silber, aber doch die Mühsen so zahllos machen, wie die Steine in den Straßen Jerusalems. Es gelang dem überbesetzten Manne über Erwarten. Nicht nur er selbst ließ die Klaffen von Gold nach seinem Willkürgebot abgeben. Auch die Eingeborenen kamen ihm zu Hilfe. Sie stützten nach Vergewaltigung Mühsen in Konjunktur, kauften damit beim holländischen Nachbar, was sie wollten, und ruinieren besten Handel; denn die smarten Indianer hielten sich wohl, ihre Produkte gegen das Wampumgeld loszugeben, das für die Indianer, nicht aber für sie einen Gebrauchswert an sich, einen inneren Wert besaß. Alles weitere fällt sich denken. Ein ein Viertel hatte das Geld, der in den Augen ganz moderner Amerikaner noch eine tolle Pflanze: es war ungeachtet zur Ausfuhr. Wer wollte und sollte es im Auslande nehmen? Mein Mensch. Also blieb es ungeachtet der Besitz, häuften sich an und machte die Nation reich und immer reicher. Auch die Klaffen waren nicht wußt mühsen, wie bei dem Wampumgeld des Staates Konjunktur; der begaßte nun mit Waren, die sich bei genauer Wampumprüfung der aufgeschichteten Klaffen nicht selten als Löffelgeschwund entpuppten, an denen ein Wampumgeschwund bestielt war.

Von alledem wußten die Bewohner der Robinsoninsel nichts. Sie wußten nur, daß die Natur ein für allemal ihre Klaffen als Kaufmittel ausgehört hatten und daß man nun eine neue Geldart ausfindig zu machen hatte, durch die die wirtschaftliche Entwicklung des kleinen Staatswesens nicht wieder so schwer gefährdet werden konnte. Es ging jedoch auch jetzt noch nicht ohne Enttäuschungen und störende Zwischenfälle ab.

Luftbarkeiten.

In München kamen in einem Monat des Jahres 1919, im Oktober, 425 000 Luftbarkeitsflüge für die Gemeinde ein. Diese Meldung sucht man wieder auszuschnitten als Beweismaterial für die „Verderbtheit“ des Volkes. Daß viele in einem einzigen Freudenrausch hineinzerfallen, in allen Freuden, ist bekannt, und es ist natürlich nicht das Ziel des Menschheitslebens, dahinschwelgen im feigen Genießen des Tages. Doch, wer sich zum Richter berufen fühlt, der ferne zunächst vor allem verstehen. Es ist eine ewig wiederkehrende Erscheinung, daß Extreme Extreme erzeugen, daß der Mensch aus der einen Annatur in die andere verfällt. Und darum war es vorauszuempfehlen, daß der Krieg mit seinen wahnwitzigen Entbehrungen, mit seinen großen seelischen Leiden zur Folge haben würde eine Sucht zum Ausleben. So natürlich begreiflich ist die Folgeerscheinung, daß es nun auch gar nicht wundern nimmt, wenn zum Beispiel auch das belgische Volk, wie seinerzeit berichtet wurde, nach unserem Auszuge sich einem großen Begegnungskatzen nach den Bahnen der Entbehrung hingegen hat, in allen Freuden.

Am Volke liegt solch ein Hin- und Herbewegwerden in die Extreme nicht, sondern an den Verhältnissen, an der sozialen Struktur, an der wirtschaftlichen Zusammenfassung der Zeit. Heute Not und morgen Freude, heute Arbeit, morgen Hunger, heute Liebermut und morgen Berufswut, Arbeitssucht. So war es schon vor dem Kriege, und wer tiefer schaute, tiefer sah, der erkannte schon vor dem Kriege die Annatur dieser Zustände, eines Lebens ohne Gott, ohne Boden, ohne Ziel. Hin und her und auf und ab; der Mensch ein Spielball des Zufalls: das ist der Charakter des Kapitalismus. Je mehr dem Kapitalismus durch unsere gewerkschaftlichen Kampf die Spitze gebrochen wird, um so mehr stehen im Leben ein Ruhe, Stillsitzen, Gleichmut und ein Lebensglück der Gediegenheit und Gleichmäßigkeit und des ewigen Wachstums zu immer klareren und freieren Sphären einer harmonischen Allmenschlichkeit.

Dr. Gustav Hoffmann.



ismus ist Neuland, das der kapitalistischen Staat nicht aus- und Scholle um Scholle abgerungen werden muß. Diese Schollenarbeit der Pioniere einer neuen Gemeinwirtschaft muß unter Schutz gestellt werden; ihrer Hände Arbeit muß eingebettet werden durch einen Verband sozialer Baubetriebe.

2. In den Aufbau einer neuen Gemeinwirtschaft können wir nur unter der Perspektive einer Generationen fesselnden harten Arbeit herangehen. Der Bau muß sehr fundiert sein. Er muß auf eine enorme wirtschaftliche Widerstandskraft hin angelegt werden und darum einen gewissen Lebensfuß an Fundament aufweisen, das von der kapitalistischen Staat nicht untergraben werden kann.

3. Die ersten sozialisierten Betriebe werden bis zum Maße in dieser kapitalistischen Staat stehen. Ihre Arbeit ist eine Pionierarbeit. Sie sind die Sturmtruppen für den Sozialismus. Schwierigste sind für diese Sturmtruppen unentgeltlich. Sie sollen Wirtschaftsbetriebe für den Sozialismus bringen unter denkbar erschwerenden Umständen. Die jungen Betriebe müssen darum erhöhte Entlohnung, nicht den kleinen, sondern den großen Beschäftigungsbedürfnis erlangen, wenn ihre Arbeit die Weisheit für eine Verallgemeinerung haben soll, und das muß sie.

4. Der Verband sozialer Baubetriebe hat die schwere Aufgabe, die in aufopfernder und verantwortungsvoller Arbeit stehenden Sturmtruppen unter seinen Schutz zu nehmen und neue Sturmtruppen zu bilden und zur Arbeit anzusetzen. Keinesfalls darf er zu einem bloßen beruhten Betriebe oder verfehlter Gründungen werden. Er muß sich das Recht der Musterung und Auslese, das Recht sorgfältiger Kontrolle und wirtschaftspolitischer Stellung vorbehalten.

5. Der Verband sozialer Baubetriebe hat im Besonderen die Aufgabe: Interessenträger und Wirtschaftsträger für die von ihm beschützten Betriebe zu sein. Als Interessenträger hat er zu übernehmen: a) Interessensvertretung beim Abschluß allgemeiner Tarifverträge. b) Vertretung der sozialisierten Betriebe im Reichswirtschaftsrat. c) Vertretungsbefugnis vor den gelehrteten Betrieben der Reichs-, Staats- und Gemeinwesen. d) Propagierung der Sozialisierung. e) Internationales Interessensvertretung. f) Allgemeine berufliche und wirtschaftliche Förderung sozialer Betriebe (Ausbildung der Betriebsräten und Betriebsleiter). Als Wirtschaftsträger hat der Verband zu übernehmen: a) Kreditgewährung und Kreditvermittlung an sozialisierte Baubetriebe (Versicherungswesen). b) Finanzierung neuer Baubetriebe auf sozialistischer Grundlage. c) Finanzierung von Baustoffbetrieben auf sozialistischer Grundlage. d) Vermittlung von Baustoffen, Verkauf und Verleihung von Baugeräten und Baumaschinen. e) Vermittlung von Bauaufträgen und Übernahme von Bauaufträgen zur treuen Hand und Weitergabe an sozialisierte Betriebe. f) Organisationsberatung und Rechtsauskunftstelle.

6. Beide Aufgaben kann der Verband nur in einheitlicher Organisation erfüllen. Seine Politik als Interessenträger wie als Wirtschaftsträger muß auf ein einheitliches Ziel eingestellt sein. Der Wirtschaftsträger sozialer Baubetriebe kann keine andere Politik treiben, als der Interessenträger und umgekehrt. Andernfalls darf er in seiner weitgehenden und weitreichenden Arbeit nicht durch die Interessen der einzelnen Betriebe und unzulässig konstruierte Betriebe des Schwergewichts seiner Tätigkeit liegt auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik. Um seine Kredit- und Finanzierungspolitik mit vollem Erfolg durchführen zu können, braucht er schon bei seiner Gründung das uneingeschränkte Vertrauen der mächtigen Geldgeber, für die in Betracht kommen: 1. die Bauarbeiterverbände, 2. die freie Bauarbeitervereine, 3. die sozialisierten Betriebe, 4. die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, 5. Kommunen und Kommunalverbände, 6. Staat und Reich. Der Verband darf daher keine unzulässigen und unpolitischen wirtschaftlichen Sinn an seine schwere Aufgabe heranstellen.

7. Diese Sachlage zwingt auch zum schrittweisen Ausbau des Verbandes. Er wird zunächst nicht alle baugewerblichen Berufsgruppen vertreten und führen können. Mit dem Maurer- und Zimmerergewerbe anfangend, wird er dann mit fortschreitender Reife auch die anderen Berufs in seinen Aufgabenkreis hineinzuziehen haben.

8. In Ermangelung einer besseren Gesellschaftsform wird der Verband zur Erfüllung seiner, hauptsächlich auf wirtschaftlichen Gebiete liegenden Aufgaben als Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder als Aktiengesellschaft mit einem Kapital von mindestens 10 000 000 unter Führung des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu gründen sein.

9. Die innere Konstitution des Verbandes wird sich auf 3 Abteilungen zu stützen haben. Die Geschäfte des Interessenträgers hat eine Verbandsabteilung zu führen, an deren Spitze eine sachkundige, sozialpolitisch und wirtschaftlich geschulte Persönlichkeit zu treten hat. Die Geschäfte des Wirtschaftsträgers werden zu führen sein Geschäft einer Bankabteilung, die die Finanzierungen, die Kreditgewährung und Kreditvermittlung zu übernehmen hat und von einer Betriebsabteilung, die die Vermittlung, Lieferung und Verleihung von Baustoffen, von Baugeräten und Baumaschinen und schließlich Betriebskontrolle der Bankabteilung hat ein erfahrener Bankmann, an die Spitze der Betriebsabteilung ein wirtschaftlich geschulter Techniker zu treten.

10. Das eingebrachte Gesellschaftskapital ist den gesamten Betrieben und Geschäftsunkosten muß der Verbandsabteilung zur Verfügung stehen. Als solche ausgetragenes Kreditkapital. a) Einnahmen aus festen Beteiligungen an Betrieben. b) Einnahmen aus Finanzierungen und Vermittlungsbefugnissen. c) Einnahmen aus laufenden Beiträgen der sozialisierten Betriebe von

ihrem Jahresumsatz. e) Einnahmen aus Nebenarbeiten von Verbandsbetrieben. f) Einnahmen aus freiwilligen Beiträgen.

Diesem folgte der Vortrag des Herrn Thiele über: „Die Finanzierung sozialer Baubetriebe.“ Redner zeigte in großen Umrissen, wie der zu gründende Verband mit dem nötigen Geld zu versorgen sei. Nach seiner Auffassung können ideale und wirtschaftliche Interessen am besten in einem Verbande vertreten werden. Man solle sich hüten vor Verschwendung von Energie. Gaaugut, das nicht aufgegeben, sei verloren. Es sei notwendig, die Genossenschaften oder sonstige soziale Betriebe auf gesunde kaufmännische wirtschaftliche Art zu verwalten. Nicht angängig sei, erst in einer Genossenschaftsversammlung etwas über die Aufnahme von Kredit und ähnliche geschäftliche Dinge zu beschließen. Er habe aus einigen Statuten merkwürdige Einschränkungen der Befugnisse des Vorstandes kennengelernt. Eine so aufgebaute Genossenschaft sei praktisch fast geschäftsunfähig. Bei dem zu gründenden Verband sozialer Baubetriebe sei es zweckmäßig, wenn als Geldgeber eine dritte Stelle in Frage komme, da die neugegründeten Organisationen selbst finanziell zu schwach seien. Da könne der Deutsche Bauarbeiterverband beispielsweise diese dritte Stelle sein. Man müsse davon ausgehen, daß man den Kapitalismus am besten durch das Kapital bekämpfe.

Als beste Form für den zu gründenden Verband schlug Redner die Aktiengesellschaft oder die Gesellschaft mit beschränkter Haftung vor; die letzte habe einen etwas weiteren Spielraum, während die erste kreditfähiger sei. Zunächst wären Kapitalsträger zu suchen. Als solche kämen zuerst die Bauarbeiterverbände in Betracht. (Siehe Seite 6.) Als Beispiel führte er an, daß der Verband mit einem Kapital von 10 Millionen Mark Kapital ins Leben treten solle, von dem die Bauarbeiterverbände rund die Hälfte übernehmen. Die Genossenschaften würden vielleicht nur 100 000 übernehmen können. Aber durch diese Kapitalbeteiligung sei der Arbeiterstand schon der maßgebende Einfluß gesichert, selbst wenn Reich und Staaten 2 beziehungsweise 3 Millionen aufbringen. Die Preis- und Bezirksvereine der Bauarbeiterorganisationen müßten Sozialisierungsfonds schaffen, um neue Betriebe zu errichten. An einem Schema zeigte der Vortragende noch besonders, wie er sich die Finanzierung denkt. Die Aufbringung der Mittel müßte durch die Organisationen geschehen. Für den Verband der sozialisierten Betriebe müßten dann noch Bezirksorganisationen geschaffen werden, die Rat und Hilfe bei Neugründungen erteilen. Sind so die neuen baugewerblichen Organisationsformen über ganz Deutschland verteilt, so wäre damit auch zugleich eine das ganze Baugewerbe umfassende Organisation geschaffen und die Sozialisierung des Baugewerbes gesichert. Somit Herr Dr. Wagner als auch Herr Thiele hatten eine sehr aufmerksame Zuhörererschaft und wurden durch reiches Beifall bedacht.

Den Schluß des Berichtes bringen wir in der nächsten Nummer.

Deutscher Baugewerksbund.

Die nachstehenden Richtlinien zur Schaffung eines Deutschen Baugewerksbundes, der alle Hand- und Kopfarbeiter des Baugewerbes erfasst soll, sind vor einigen Tagen in der sozialdemokratischen Tagespresse veröffentlicht worden. Sie sind vor einigen Wochen bei uns im Verbandsvorstand besprochen worden, und gleichzeitig wurde beschlossen, sie den auch in Betracht kommenden Verbandsvorständen anzustellen, um eine Aussprache darüber herbeizuführen. Es sollte also bis auf weiteres keine öffentliche Bekanntgabe stattfinden, da es sehr wohl denkbar ist, daß die Angehörigen anderer Verbände in einigen Dingen Abänderungen wünschen. Nachdem aber nun einige Genossen in ihrer überströmenden Freude der gesamten Arbeiterchaft den Plan mitteilten, besteht für uns um so weniger Veranlassung, zu schweigen, als seine bisherige Aufnahme in der Öffentlichkeit nur ehrend für unsere Organisation sein kann. Die Richtlinien lauten:

1. In der Erkenntnis, daß der Arbeiterchaft aus dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufbau des Deutschen Reiches gewaltige Aufgaben erwachsen, die die einzelnen Fachverbände nicht erfüllen können, schließen sich die Zentralverbände der baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter zu einem Deutschen Baugewerksbund.

2. Der Baugewerksbund gliedert sich örtlich und über das ganze Reich in Fachabteilungen (Sektionen). Verschiedene Orte oder einem abgegrenzten Bezirk vorhandene Sektionen bilden zusammen einen Verein: die Baugewerkschaft. Die Ortsämter der Sektionen bilden den Vorstand der Baugewerkschaft. Alle Sektionen des gleichen Fachgebietes bilden je eine Reichssection und deren Führer zusammen den Bundesvorstand.

3. Jede Baugewerkschaft hat einen Vereinsausschuß zur Beratung des Vereinsvorstandes und zur Überwachung

der Geschäftsführung. Dem Bundesvorstand ist ein Aufsichtsrat übergeben, der aus Mitgliedern aller Sektionen und möglichst aller Landesverbände besteht.

4. Jede Reichssection hält alle Jahre eine Vertreterversammlung, der Bund alle 3 Jahre einen Bundeskongress ab. Die Abgeordneten zum Bundeskongress werden von den Vertreterversammlungen der Reichssectionen gewählt.

5. Der Baugewerksbund soll die beruflich-wirtschaftliche Vertretung aller baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter sein. Er hat alle bisherigen und noch notwendig werden Kampfmaßnahmen und Unterstützungsmaßnahmen zusammenzufassen und zu vervollständigen.

6. Als wichtigste neue Aufgabe wird ihm zugewiesen die Förderung der Sozialisierung der Baubetriebe und des gesamten Bau- und Wohnungswesens. Die Baugewerkschaften sollen Pflichten der Sozialisierung sein und sozialisierte Betriebe mit Rat und Tat unterstützen. Der Bundesvorstand soll zu diesem Zwecke Fortbildungs- und Lehramter einrichten, sowie alle Aufgaben erfüllen, die über die Kraft der einzelnen Baugewerkschaft hinausgehen, auch Kapitalien annehmen, um sozialisierte Betriebe in Gang zu setzen, wo die Hilfe der Gemeinden verweigert wird und wo die Unterstützung einzelner Baugewerkschaften nicht ausreicht.

7. Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben reichen die Beiträge, die jetzt von den meisten baugewerblichen Verbänden erhoben werden, nicht aus. Auch da nicht, wo neben den eigentlichen Verbandsbeiträgen besondere Beiträge für die Verwaltung der Vereine erhoben werden. Das letztere wird auch fernerhin zweckmäßig sein, schon aus dem Grunde, um den Baugewerkschaften die größtmögliche Selbstständigkeit zu geben. Auch wird es richtig sein, daß die Baugewerkschaften einen im Verhältnis zum Bundesbeitrag höheren Beitrag erheben, als es jetzt im Verhältnis zu den Verbandsbeiträgen der Fall ist. Schließlich ist in Rechnung zu stellen, daß bei der jetzigen Geldentwertung und des kaum zu erscheinenden Aufwärtens auf den alten Stand, die Höhe der Streit- und Gewerkschaftunterstützung wohl verdoppelt werden müssen. Im übrigen wird die Beitragsgestaltung ja davon abhängen, ob und wie viele Sektionsbeiträge man festsetzen will.

8. Als Reichssectionen dürfen zunächst ins Auge zu fassen sein:

1. Bauhelfer: Architekten, Ingenieure, Techniker, Polier, Schichtmeister, Wertmeister.
2. Erdarbeiter: Schichtarbeiter im Hoch- und Tiefbau (Straßen, Eisenbahnen, Kanäle, Tunnel, Schächte usw.).
3. Bauhilfsarbeiter: Arbeiter in Kalkbrennereien, Zementwerken, Ziegeleien, Miesgebirgen und Steinbrüchen.
4. Steinhauer und Steinseher (Mastere und Hammer).
5. Maurer: Stein-, Ziegel- und Betonmaurer (auch Putzer und Fugler) im Hoch- und Tiefbau.
6. Spezialfahrer der Maurerei: Facharbeiter aller Art (Stuckateur, Gipser, Mörtelmeister, Möbeler usw.), Denker, Fliesenleger, Steinholz- und Terrazzoarbeiter, Zinler.
7. Zimmerer: Gerüstbauer und Tischler.
8. Dachdecker und Schornsteinfeger.
9. Bauhilfsarbeiter zur Zubereitung und Herstellung der Baustoffe.

Die Siedlungsaufgabe.

Die nachstehenden Zeilen entnehmen wir einem Aufsatz von Walter Curt Behrendt in Heft 1 der Zeitschrift „Die Volkswirtschaft“. Die darin geäußerten Ideen scheinen uns wichtig genug, um sie zur Kenntnis unserer Leser zu bringen.

Als Endzweck der Siedlungsaufgabe wird ein wirtschaftliches Ziel bezeichnet: die anzustrebende Verbesserung Deutschlands durch Eigenwirtschaft. Dieses Ziel ist wichtig, aber nur die eine, die materielle Seite der Aufgabe an, die jetzt, im Hinblick auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung, auf den zu erwartenden Niedergang der Industrie, eine unmittelbare aktuelle Bedeutung gewonnen hat. Ursprünglich aber verfaßt der Siedlungsgedanke eine geistige Idee. Die Siedlungsbewegung bildet einen Teil jener größeren geistigen Bewegung, die seit Jahren schon und nicht erst seit der Revolution, im stillen und ohne planmäßigen Zusammenschluß, eine Umgestaltung des Lebens, eine Harmonisierung der Lebensführung auf Grund einer neuen Lebens- und Arbeitsordnung erstrebt. Der Siedlungsgedanke bildet einen der wichtigsten Punkte in dem Programm dieser Bewegung, die darauf ausgeht, das Leben wieder mit gesunden und vernünftigen Arbeitsbedingungen zu erfüllen, mit Verbindungen, die ein gewisses Gleichmaß im Verkehr der menschlichen Anlagen gestalten und damit jener gefährlichen Einseitigkeit vorbeugen, die aus einer übertriebenen, durch die fortschreitenden Mechanisierung bedingten Arbeitsteilung erwachsen ist. Damit will die Bewegung jenem unnatürlichen Zustande

an Ende machen, in dem die Berufsarbeit als Zwang, allenfalls als Pflicht empfunden und die Freude an der Arbeit in die wenigen Freizeuten des Tages verlegt wird. Ausgemacht aus einem elementaren Unwillen gegen diese falsche Lebensweise, die die Arbeit entgeistigt und damit die Arbeitsfreude gählet hat, zielt diese Bewegung darauf ab, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die den Menschen höher stellen als den Gewinn und Erfolg und die Erkenntnis zur Voraussetzung haben, daß der Mensch letzten Endes Selbstzweck ist und daß keine sittliche Entwürdigung wichtiger ist als aller technischer Fortschritt. Und wenn in der sozialen Kampfsform stets neue Forderungen auf Verwirklichung der Arbeitszeit erhoben werden, wenn heute, unter den Nachwirkungen des Krieges und seiner Leiden und Entbehrungen, die Arbeitermassen immer wieder die Arbeit nachlassen, so sind diese Forderungen nicht etwa nur Anzeichen zunehmender Arbeitsleide, sondern letzten Endes Symptome dieses uteliebigen, nicht mehr zuzubändigenden Unwillens; nicht Lohnkämpfe nur, sondern Ausdruck einer tiefsten Empörung gegen naturwidrige Lebens- und Arbeitsbedingungen.

In diesem Kampfe um eine gründliche Erneuerung der Lebensformen hat nun die Siedlungsbewegung von jeher den schärfsten Anteil genommen. Sie hat in Deutschland bereits lange Zeit vor dem Kriege auf die Auflockerung der Großstädte und auf die Gründung kleinerer selbständiger Siedlungen hingewirkt in der Absicht, durch Schaffung neuer Wohnverhältnisse diese Verbesserung der Lebensbedingungen in gewissen Grenzen vorzubereiten. Und sie hatte, wie das Beispiel der Deutschen Gartenstadtgesellschaft beweist, die große Zahl ihrer Anhänger und Befürworter auch bereits in ansehnlichen Verbänden und Gewerkschaftsgemeinschaften zusammengeschlossen. Der Kampf gegen die Mietskasernen, der gerade von der genannten Gesellschaft mit unermüdlicher Kraft geführt worden ist, bildet bereits ein wichtiges Beispiel in dem größeren Kampfe um die neue Lebensform. Auch dieser Kampf war letzten Endes hervorgerufen durch den Unwillen gegen eine Lebensweise, die den Menschen zwangsläufig von der besten Lebensform mit der Natur absperrt. Die Mietskasernen wurde bekämpft als ein Symbol dieser falschen, naturwidrigen Lebensweise, die den einzelnen zu verarmtem Dasein verurteilt.

Wenn in diesem Sinne der Siedlungsgedanke als wirksames Regulativ gegen die Schwächen der bestehenden Lebens- und Arbeitsweise in Anspruch genommen wird, so geschieht dies nicht in räumlich gewandter Manier, um gewisse etwa stouische Naturerscheinungen oder im Sinne einer eidermeierischen Gartenstadtziele, die, wie wir schon meint, das Ideal des durchschnittlichen Arbeiters und Kunstgewerbetreibers ist. Die Erneuerung der Lebensformen wird vielmehr angeht unter der Voraussetzung der Erreichung heutiger Wirtschaftsentwicklung und unter bewußter Anerkennung der modernen, durch die Differenzierung der Gesellschaft bedingten Arbeitsteilung. Gerade dann aber zeigt sich, was die Siedlungsbewegung für die Schaffung neuer Lebensformen bedeutet, ja, daß sie im Kern alle die Elemente enthält, aus denen die neue Lebensform aufgebaut werden muß. Siedlung ist Arbeit, ist intensive wertvolle Kleinarbeit, ist vielseitige und zusammenfassende Tätigkeit. Siedlungsarbeit fordert die unmittelbare selbstverantwortliche Tätigkeit des einzelnen zu Eigenarbeit und begründet damit wieder eine neue Arbeitsfreudigkeit. Sie bildet dadurch zugleich auch ein wirksames Gegenmittel gegen das bisherige Unverständnis, kein betriebsmäßiger Arbeiter. Zur Zeit Friedrichs des Großen unterstand, im Gegensatz dazu, die Siedlungsarbeit wie das gesamte Wirtschaftsgeschehen vollständig der Aufsicht und Leitung des Staates, dessen Politik, im Sinne des Merkantilismus, auf die Verneinerung der Bevölkerung abzielte mit dem Zweck einer gesteigerten Warenzeugung für die Ausfuhr. Heute, wo ähnliche wirtschaftliche Ziele verfolgt werden müssen, wo es gilt, eine Massenaußenwanderung zu verhindern und die wirtschaftliche Autarkie Deutschlands zu gewährleisten, ist die Staatsautorität erschlütert und die öffentlichen Mittel fast erschöpft. Nur die persönliche Leistung und der freie Wille des einzelnen vermag darum heute den Erfolg des Siedlungsgebauens zu gewährleisten. Daß es so ist, hat die praktische Erfahrung der verschiedenen Bauvereine bereits erwiesen. Nicht in den großen, geschlossenen Siedlungen, wie sie von den verarmten Arbeitenden angestrebt werden, sind diese Erfolge erzielt worden. Die heutigen neuen Wohnungen und Siedlerstellen, die in diesem Jahre entstanden sind, wurden geschaffen durch die entschlossene Willenskraft einzelner Bauvereine, deren Unternehmungskraft durch eingehende persönliche Einzelberatung von Mensch zu Mensch gefördert und gewirkt wurde.

Siedlungsarbeit aber ist bei aller persönlichen Tatkraft andererseits doch ohne gegenseitige Unterstützung nicht denkbar. Sie fordert unabwiesbar die unmittelbare anteilige Förderung von Nachbar zu Nachbar, wie denn auch bereits einzelne neuere Baugesellschaften geradezu auf dem Grundsatze der Eigenhilfe begründet worden sind, mit dem

ausdrücklichen Verpflichtung für alle Mitglieder, sich gegenseitig durch Arbeitsleistungen bis zur Fertigstellung aller Häuser zu helfen. In diesem Sinne wird durch den Siedlungsgeboten, durch Förderung gegenseitiger Hilfe im Gegenseitig zu dem herrschenden materiellen Eigennutz, ein neues verbindendes Gefühl geweckt und gestärkt.

Die erhöhte Bedeutung, die bei der Verwirklichung des Siedlungsgebauens die selbständige wertvolle Arbeit im Leben des einzelnen gewinnen wird, muß künftig auch zu einer veränderten Verfassung der Körperlichen gegenüber der geistigen Arbeit, zu einer erhöhten Bewertung des Handwerks überhaupt führen. Das aber wäre als ein ungeheurer Gewinn zu betrachten. Denn die maßlose und einseitige Überhöhung der geistigen Arbeit, die im Laufe des letzten Jahrhunderts eingetreten ist und die zu einer immer weitgehenderen Arbeitsteilung und schließlich zu einer vollständigen Trennung von Körperlicher und geistiger Arbeit geführt hat, birgt eine ungeheure Gefahr in sich. Diese Einseitigkeit hat in ihren Folgen zur allmählichen Vernichtung auch der letzten Reste technisch-handwerklicher Ueberlieferung geführt und dadurch mit zu dem furchtbaren Kulturverlust beigetragen, dessen Zeugen wir sind. Gewinnt aber das Handwerk als Beruf wieder erhöhte Anziehungskraft, wie es in der sozialen Lösung von geistigen Berufen wieder gleichgestellt, wofür bereits durch die erhöhte Entlohnung Körperlicher gegenüber geistiger Arbeit die Voraussetzungen geschaffen sind und wofür allerwärts bereits unverkennbare Anzeichen vorhanden sind, so wird damit gerade der Stand gestärkt, der an erster Stelle zur Mitarbeit an der Erneuerung der Lebensformen berufen ist.

Konferenz des Bezirks Köln.

Am 29. Januar tagte im Kölner Gewerkschaftshaus eine Konferenz der Bezirksvorstände und -angestellten des Bezirks 9. Bezirken waren 15 Vereine durch 22 Kollegen, der Bezirksausführung durch 6 Mitglieder und der Verbandsvorstand durch Kollegen Oberhals. Bezirksleiter Muth wies auf die Anfang Februar stattfindende Bezirkskonferenz hin, zu deren Tagesordnung der Bezirksausführung Stellung genommen habe. Das Ergebnis solle nunmehr den Vereinen unterbreitet werden. Dann gab er den Bericht über den Stand des Verbandes in unserm Bezirk. Der Aufschwung unserer Organisation im verflossenen Jahre war glänzend. Von 977 Mitgliedern im 4. Quartal 1918 stieg die Zahl auf 2245 im 4. Quartal 1919. Der Warenverkauf war ebenfalls gut und stellte sich im Durchschnitt auf 48,8 prozent. Leider war die Situation auch im verflossenen Jahre noch recht bedauerlich; denn die Zahl der Gesamteinnahmen betrug 36.900 Mitglieder. Bezüglich unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen konnte Bedner feststellen, daß allgemein nach dem Vorjahr im November die Kollegen zurückgefallen waren. Kunden doch in unserm Bezirk die zweifelhafte Löhne gestellt, was allerdings durch die teuren Verhältnisse im besetzten Gebiet zu erklären sei. In einigen Vereinen im besetzten Gebiet gelang es, die 40stündige Arbeitswoche durchzuführen. Auf alle Fälle sollte man sich bemühen, daß die Verhandlungen alles was man tun kann, um den Löhnen zu tun möglich war. Die Löhne sind allerdings durch die gestiegene Steigerung der Lebensmittelpreise längst nicht mehr ausreichend und müssen bedeutend erhöht werden. Da aber die Verhandlungen in Berlin gescheitert sind, so sei den Kollegen freie Hand gelassen, und es gelte jetzt der Grundsatze: „Hilf Dir selbst!“

In der Aussprache wurde von allen Rednern auf die völlige Unzulänglichkeit der Löhne gegenüber den heutigen Preisen für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände hingewiesen. Es wurde betont, daß die Bauarbeiter, die früher mit ihren Löhnen mit besserer Stelle gethan haben, nun gegenüber anderen Berufen mit an letzter Stelle stehen. Sogar konnte nach der Auskunft durch unheimliche Preissteigerungen durch Witterungsbeeinflüsse. Allgemein sei die Stimmung der Kollegen im ganzen Bezirk recht erregt. Es hätte sich schwer, Arbeitsbedingungen zu vermeiden. In Esslingen und Gelnhausen sei dies schon nicht mehr möglich gewesen und die Kollegen sind zum Teil in den Ausnahmestellung. Kollege Muth konnte in seinem Schlusswort aus eigener Erfahrung das Vorgebot über die Stimmung der Kollegen im Bezirk bestätigen. Er warte vor ausstehenden Geld, forderte aber auf, daß, wo es möglich sei, sich selbst zu helfen. Sodann berichtete er, daß der Verbandsvorstand sich mit dem Gedanken trage, unsere Organisation in großzügiger Weise auszubauen. Es sollen alle im Baugewerbe tätigen Hand- und Stoffarbeiter zusammengeschlossen und in einem Baugewerksbund vereinigt werden. Den einzelnen aber eng verbundenen Berufen solle als Nebenfunktion ihre völlige Selbstverwaltung innerhalb des Bundes gewährt werden. Nachdem noch Kollege Odenhals vom Verbandsvorstand die Verzeigerung der Verhandlungen in Berlin und ihre schließliche Durchsetzung erklärt hatte, äußerte er sich über den ausstehenden Lohn und bezog sich auf die Wichtigkeit, daß die Grundzüge aller Sozialisierungsbestimmungen im Baugewerbe.

Sodann sprach Kollege Muth über unsere Stellungnahme zum Tarifverträge. Der Bezirksausführung ist der Ansicht, daß zur allgemeinen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Nachberrufen wie bisher beizubehalten sei. Jedoch müssen weitere Rechte der Kollegen eingebaut werden. So vor allen Dingen das Mitbestimmungsrecht der Kollegen am Produktionsprozess. Um dieses Recht wirksam ausüben zu können, müsse die Organisation alles daran setzen, die Mitglieder in dieser Hinsicht zu schulen. Eine Regelung des Arbeits und eine Entscheidung für Regentage müsse erstrebt werden. Weiter müßten bestimmte Grundzüge in den Verträgen übernommen werden, um den berechtigten Forderungen der

Kollegen bei den stark schwankenden und nach oben strebenden Preisen schneller als bisher gerecht zu werden. Wir müsse eine allgemeine Neuregelung der Arbeitszeit angestrebt werden, etwa so wie es in Holland neuerdings durch die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche geschehen sei, die man ja im besetzten Gebiet ebenfalls durch ähnliche Vereinbarungen erreicht habe. Kollege Odenhals stimmte auf diesen Ansichten zu, jedoch warnte er, die 40stündige Arbeitsmode auf Kosten des Achtstundentages einzuführen zu wollen. Auch die Vertreter der Vereine sprachen sich für die Beibehaltung des Rahmenvertrages aus, unter Einführung der besprochenen Erweiterungen. Es wurde ferner eine bessere Regelung des Verteilungswesens verlangt, sowie eine Veränderung der Bestimmungen des Arbeitsministers, wonach die Bauarbeiter der Industrie unter den Kollektdarstellung für die Industrie sollen, anstatt unter den Vertrag für das Baugewerbe. Auch wurde gängliche Abschaffung der Akkordarbeit durch den Vertrag verlangt. Der Bezirksleiter wies darauf hin, daß durch den Hauptvertrag nur die Allgemeinbestimmungen über das Beschäftigen geregelt werden können. Die wichtige Frage der Entlohnung und Unterfertigung sollte jedoch durch den Ortsvertrag gelöst werden. Ebenso sei die Akkordarbeit nicht allgemein durch den Hauptvertrag zu beseitigen, weil die Kollegen durch diese Frage noch verschiedener Meinung wären.

Zu der Stellungnahme zum Verbandsrat (Vertreter und Unterfertigung) teilte der Bezirksleiter mit, daß im Frühjahr ein Verbandsrat stattfinden werde. Die Vorwiegendigkeit ergebe sich schon durch den Ablauf des Jahres, dann aber auch wegen der Neuregelung der Unterfertigungsfrage und Vertreter, wie sie der Verbandsrat in dem neuesten Werkstoff vorbrachte. Bezüglich der Vertreter schloß der Bezirksausführung vor, über die vom Verbandsrat angegebene Sache hinauszugehen. Grundsatze müsse sein, einen halben Stundenlohn an die Verbandsrat und ein Viertel des Stundenlohnes als Sozialleistungszahlung zu zahlen. Diese Maßnahme für die Hauptfrage solle zur Erhöhung der Streitunterfertigung dienen, die der Bezirksausführung auch nach dem neuen Gebe des Verbandsratlandes als zu gering erachtet. Die um den Unterfertigungsfrage sollen nach dem Vortrage des Verbandsratlandes geregelt werden. Die Konferenz stimmte diesem Vortrage zu. Dann teilte der Kollege Muth mit, daß der Bezirksausführung den Vortrag der Verbandsratlande, in Zukunft keine Zuschüsse mehr aus der Hauptkasse zu dem Gehalt der Angestellten zu zahlen. Hierüber sollen 10 % für jede berufliche Billigung an die Vereine zurückgeführt werden. Die Konferenz stimmte nach kurzer Aussprache, in der über die geringe Minderergütung geklagt wurde, dem Vortrage zu. Durch eine Stärkung der Sozialkasse glauben die Vertreter der Vereine einen Ausgleich schaffen zu können. Ueber Sozialisierungsverfahren teilte Kollege Muth mit, daß im Bezirk bisher der Verein Menschlich praktischen Erfolg zu verzeichnen habe. Nach den Ausführungen des Kollegen Wolf aus Menschlich leisten die Kollegen dort kommunale Kleinarbeit unter Leitung von technischen Angestellten. Andere Vereine glauben, mit Hilfe kommunaler Mittel zum Ziele zu gelangen, und haben die bezügliche Anfrage an ihre Stadtverwaltungen gestellt. Muth regte an, die Kollegen allerwärts für praktische Arbeit mehr als bisher zu interessieren, und bittet um Unterbreitung von Vortragslagen. Kollege Odenhals teilte mit, daß der Bezirksausführung eine Konferenz der Leiter sozialistischer Baubetriebe voranzutreiben, an der auch die Bezirksleiter teilnehmen sollen. In Hamburg sei ein besonderes Degernat für Sozialisierung geschaffen, an dessen Spitze der Kollege Klingner stehe. Dieser habe eine Broschüre über Sozialisierung geschrieben, die der Redner sehr empfahl. Er trat dafür ein, kommunale Mittel in Anspruch zu nehmen und betonte, daß nur intensive Arbeit zum Erfolge führe. Er versprach, daß der Verbandsrat alles tun werde, was in seinen Kräften stehe, um der Sozialisierung die Wege zu ebnen. Nach einer kräftigen Ermahnung des Leiters der Konferenz, Kollegen Odenhals, im Sinne der Beratungen zu wirken, erwiderte die sehr lehrreiche Tagung ihr Ende.

Arbeitsmarkt.

Das Baugeschäft Kleiber & Sölg in St. Marien in Baden sucht 1 tüchtigen Polier, 20 Maurer, 15 Bauhilfsarbeiter und 5 Steinmetzen. Arbeitswünsche Kollegen wollen sich schriftlich an die Firma wenden.

Die Firma W. de Bernardo in Karlsruhe in Baden, Kaiser-Allee 75, 4. Et. sucht 2 Kaminmarmorschiefer für dauernde Arbeit.

Berichte.

Mitteilung (Jahresbericht). Das Jahr 1919 stand für uns im Zeichen der Bodenbewegungen. Unsere Forderung nach einem neuen Tarifvertrag, der uns nicht nur wiederholt an die Unternahmer herantraten, um einen Ausgleich der Löhne mit den Preisen zu schaffen. Insgesamt haben wir 11 Tarifverträge abgeschlossen. Davon 9 erfindlich. Die Tarifverträge für Alt- und Neulöhne und Stundenlohn für allgemeinverdienlich erklärt worden. Wir hatten 6 Streiks zu führen, von denen 5 mit vollem und 1 mit teilweisem Erfolg endeten. Der Schlichtungsausschuss wurde in 3 Fällen anrufen und mit der Streitfrage zwischen uns und der Firma Grün & Biffinger in Jellenbach beschäftigt sich zurzeit das Vermittlungsgesamt in München. Die Mitgliederzahl unseres Bezirksvereins nahm einen großartigen Aufschwung. Die meisten Neuzugeworbenen waren ungelernete Arbeiter, vielfach Kleinrentner, die sich immer mehr um gewerblichen Verdienst bemühen müssen. Es traten insgesamt 4804 Kollegen dem Verbandsrat bei, außer den 154, die aus anderen Verbänden übertraten. Am Jahresabschluss hatten wir noch 2800 Mitglieder. Daraus ergibt sich, daß der Verlust abgesehen, ausgetreten und in andere Berufe übergetreten ist. Die Aktiva waren sehr umfangreich. Außer den Verbandsratlungen waren 148 Versammlungen und Sitzungen nötig. Die im Frühjahr von uns organisierten Fußbauarbeiter,



Auslösung im Mahlerei bleibt dagegen in der Stille ver- einbarten Höhe bestehen. Da zu erwarten ist, daß in einzelnen Orten die Hofier- firmen die Zahlungsverpflichtung nicht ohne weiteres an- erkennen, ersuchen wir die Vereinsleitungen, uns in diesen Fällen sofort Mitteilung zu machen, damit wir in der Lage sind, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Vom Bau.

Corbach. Am 25. Januar verunglückte unser treuer Kollege Heinrich Wille im Kesselhaube der hiesigen Gummiwarenfabrik. Er war mit Arbeiten im Maschinen- feld beschäftigt, als er von einer großen Menge glühender Wäse verschüttet wurde. Am 30. Januar ist er an den erlittenen Verletzungen gestorben. Wir verlieren in ihm einen unserer besten Kollegen.

Gubrau. Hier verunglückte unser Kollege Friedrich Algnier bei Erdbarbeiten. Ein großer Feldstein rollte ab und zerbrach dabei den linken Unterschenkel des Kollegen.

Neuregelung der Zementbewirtschaftung. Für die Zementbewirtschaftung gelten mit Ausnahme des Gebietes der Länder Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, für die bereits besondere Anordnungen erlassen sind, künftig folgende Bestimmungen: 1. Es findet eine amtliche Bedarfsermittlung und Zementzuteilung für sämtliche Verbrauchsgruppen statt. 2. Für die Bedarfsermittlung und Zementzuteilung gelten folgende Grundsätze: a) Die Zementverbraucher melden ihren Bedarf an Zement für den kommenden Monat bis zum 5. des laufenden Monats an, und zwar für die nachfolgenden Ver- brauchsgebiete bei den angegebenen Stellen: 1. für Bergbau bei den Bergverwaltern; 2. für Hochbauten bei den Bezirkswohnungs-kommissionen; 3. für Wasser- und Tiefbauten bei den Regierungspräsidenten; 4. für Eisenbahnbauten bei den Eisenbahndirektionen; 5. für Postbauten bei den Ober- postdirektionen; 6. für Kleinhandel bei den Bezirkswohnungs- kommissionen. b) Die eingehenden Bedarfsermittlungen fließen nach der Dringlichkeit geordnet und an die Zentralstellen weitergegeben. Als solche gelten für Bergbau die Ober- bergämter und weiterhin das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe, für Hochbauten und Kleinhandel der Reichskommissar für Wohnungsfragen, für Wasser-, Ziel- und Eisenbahnbauten das Preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten und für Postbauten das Reichspostministerium. c) In der Ende des laufenden Monats stattfindenden Zement- verteilung wird die Erzeugungsmöglichkeit an Hand der vom Reichskommissar für die Rohstoffverteilung für die Zementindustrie in Aussicht gestellten Bestimmungen festge- stellt und die geschätzte Erzeugung des kommenden Monats nach einem in der Sitzung festzustellenden Verteilungsschlüssel den zentralen Stellen zur Verfügung gestellt. d) Die zentralen Stellen nehmen die Unterverteilung auf die ihnen unterliegenden Stellen (Regierungsämter, Bezirkswohnungs-kommissionen, Eisen- bahndirektionen, Oberpostdirektionen usw.) vor, die ihrerseits unter Berücksichtigung des dringenden Bedarfs Bezugsgemein- schaften bis zur Höhe der auf den betreffenden Verbrauchsbezirk ent- fallenden Menge ausstellen. 3. Bei den Ländern außer Preußen treten an die Stelle der zu 2. genannten Anordnungs- und Zuteilungsbehörden, ausgenommen für Eisenbahnbauten und Postbauten, die von den Landesregierungen bestimmten Behörden. 4. Vorstehende Bestimmungen, soweit die Bedarfsermittlung in Frage kommt, sofort, soweit die Zement- zuteilung in Frage kommt, am 1. März 1920 in Kraft. Für die Zuteilung von Zement im Monat Februar 1920 gelten die bisherigen Bestimmungen.

Bücher und Schriften.

Die Volkswohnung. Zeitschrift für Wohnungsbau und Siedlungswesen. Verlag Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin W 66, Wilhelmstraße 90. Einzelhefte M. 1,40, halbjährlich M. 13,70. Monatlich erscheinen 2 Hefte. Das uns vorliegende Heft 1 des zweiten Jahrganges enthält eine Reihe wertvoller Aufsätze. Walter Curt Behrendt hat in einem „Mischbild und Ausblick“ besonders hervorgehoben, worin eigentlich der Endzweck der Siedlungsaufgabe besteht. Otto Hartung bringt Entwürfe zu Kleinhäusern. Dr. C. Friedrich schreibt über baupolizeiliche Vorschriften. Stadtbaurat Köhler, Hildesheim, teilt in einem sehr interessanten Aufsatz seine praktischen Erfahrungen über den kostengünstigen Bau von Wohnhäusern mit. Architekt Wilhelm Jost bringt Zeichnungen von Hausrat und Regierungsbaumeister Rübber, Königsberg in Preußen, hat einen Aufsatz über die Regelung der Ueber- leitungsaufschüsse geliefert. Demselben gibt es noch eine Anzahl seiner Notizen und Mitteilungen.

Briefkasten.

H. D. Schude. Maßgebend ist die Mitgliedschaft Deiner Frau in der Betriebskassenkasse. Dies muß zahlen. Deine Versicherung kommt in diesem Falle nicht in Betracht. 338 407. Singen. Leuzungszulagen kommen auf Grund von Vereinbarungen zustande. Selbst, wenn ein Scheidungsprozess darüber entscheidet, so nur dann, wenn die Beteiligten mit einer Vereinbarung einverstanden sind. Also weder der Arbeitnehmer, noch der Arbeitgeberverband, noch die Vertreter der Arbeiterverbände setzen solche Zulagen selbständig fest.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Schrift über die Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens. Mit dieser Nummer des „Grundstein“ erhalten die Vereinsvorstände unentgeltlich je 1 Exemplar der Schrift „Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens“. Die Schrift ist auf Wunsch des Verbandsleiters vom Verbands- vorstand herausgegeben und soll zur Klärung des Sozialis-

ierungsgedankens und zur Förderung der Sozialisierung beitragen. Der Verbandsvorstand gibt die Schrift zum Selbstkostenpreis, der M. 2 beträgt, an unsere Mit- glieder ab. Die Vereinsvorstände werden gebeten, die Verbreitung der Schrift zu organisieren und Bestellungen an den Verbandsvorstand einzufenden.

Zur Finanzierung der aus Bayern kommenden Post- sendungen. Unsere Vereinsvorstände sowie die sonst an den Verbandsvorstand schreibenden Kollegen und Freunde sind dringend gebeten, zur Finanzierung ihrer Sendungen nicht mehr die mit dem Ausdruck „Frei Post Bayern“ ver- sehenen Reichsbriefmarken zu verwenden. Der Verbands- vorstand mußte wiederholt Strafpunkte zahlen, wenn mit solchen Briefmarken freigelegt war. Es dürfte sich emp- fehlen, strömigen Vorrat an solchen Marken bei der Post um- zutauschen oder sich über ihre weitere Verwendungsmög- lichkeit zu erkundigen.

Arbeitslosenstatistik. Eine ganze Anzahl Vereins- vorstände hat die hiesige Statistik für den Monat Dezember noch nicht eingeleitet. Sie sind hiermit gebeten, dies umgehend nachzuholen. Dann sei nochmals darauf hingewiesen, daß mit Beginn dieses Jahres die monatliche Berich- terstattung über die Arbeitslosigkeit auf- gehört hat, für das statistische Reichsamt sowohl wie für unsere Arbeitslosenstatistik. Wir bitten dringend, dies zu beachten, damit durch unrichtige Befragungen keine unrichtigen Fortsetzungsaufstellungen entstehen. Die Wochenberichtsarten sind den Bezirksleitern nach wie vor regelmäßig zuzuleiten. Die Vereinsvorstände müssen Vorlage treffen, daß die Mitglieder möglichst frühzeitig in den Besitz der Heftergebnisse kommen.

Vom 1. bis 7. Februar haben folgende Vereine Geld an die Hauptkasse gesandt: Machen M. 2015,35, Bonn 21 114,20, Bramsche 7,40, Cassel 18 044,35, Cammin 200, Flensburg 1000, Finkenwalde 644,10, Gifhorn 937, Gronau 200, Grottel 4665,95, Greiffenberg i. Schl. 6000, Kalkes 281, Königsherg i. Br. 10 612,70, Kwo 500, Landsberg 622,30, Mainz 5000, Menningen - 20, Nauen 1446,80, Nürnberg 11 003,35, Oebisfelde 216,80, Oldenburg (Großherz.) 2088,27, Pellerweh 500, Schönberg i. W. 600, Senzburg 2013,75, Trausnitz 1100, Zehdenhausen 124,50, Weiden 1292,80, Weisenthal 1000, Waren 300, Wiesbaden 11 291,45, Zerbst 370,30.

Kalender: Machen M. 3, Finkenwalde 3, Groß-Barten- berg 10, Greiffenberg i. Schl. 315, Leisnig 3, Nauen 75, Oldenburg i. Schl. 5, Seyer 100, Weiden 3. Profotolite: Bramsche M. 50, Finkenwalde 5, Groß-Bartenberg 5, Greiffenberg i. Schl. 33, Kützbau 5, Seyer 16,50, Zerbach 5, Weiden 5. Der Verbandsvorstand.

Anzeigen.

Bau- und Erdbauergesellschaft „Zukunft“ Nürnberg-Gürth und Umgebung (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).

Bilanz per 31. Dezember 1919.

Table with 2 columns: Asset side (Kassenkonto, Bankkonto, Forderungen, Inventarkonto, Geräte u. Werkzeuge) and Liability side (Geschäftsanteile, Reservefonds, Nach zu zahlende, Reingewinn).

Gewinn- und Verlustkonto.

Table with 2 columns: Expense side (Geschäftsausgaben, Gehalt und Lohn, Kranken- u. Invalid- Versicherung, Hofgrob-, Inzucht-, Geräte) and Income side (Einnahme aus der Führung der Arbeiten).

Im Laufe des Jahres 1919 sind Mitglieder eingetreten... 64 1919 ... ausgeschieden 1 Mitglieder am 31. Dezember... 1919 63 Der Geschäftsanteil der Mitglieder beträgt am 31. Dez. M. 8030,- Die Haillsumme ... 31. ... 8150,- Nürnberg, 31. Dezember 1919.

Für die Nichtigkeit: Der Vorstand: Hans Popp, Anton Imhof, Jakob Wolfram. Für den Aufsichtsrat: Mich. Pfingl, Josef Fuchs.

Die Vereine Weiden und Witterteich, die einen Bezirks- verein bilden wollen, suchen bis spätestens 15. März einen Geschäftsführer. Bewerber müssen mindestens 5 Jahre Mitglied des Verbandes sein. Bewerbungen sind in doppelter Ausfertigung unter Angabe des Alters und der Bestätigung eines Aufsichtsrats über die Aufgaben eines Geschäfts- führers bis spätestens am 1. März an den Bezirksrat, Ver- einigung an den Kollegen Johann Meckel, Nürnberg, Breite Gasse 25/27, einzufenden.

Der Bezirksverein Machen sucht einen Angestellten.

Bewerber müssen mindestens 5 Jahre Mitglied und Verbands- sein, rednerisch und agitatordisch befähigt und den Vermögenstätigkeiten vertraut sein. Bewerber sind schriftlich die eine Abhandlung über die Aufgaben eines Gewerkschaftsangehörigen sowie den Lebenslauf einzu- senden in doppelter Ausfertigung bis zum 22. Februar 1920 unterzeichnet einzufenden. Wir suchen nur eine tüchtig- kraft. Wohnungen sind sehr knapp. In absehbarer Zeit wird kaum eine zu haben sein. J. A. Wilhelm Janzen, Machen, Rudolfsstr. 66

Bezirksverein Ravensburg. Als Geschäftsführer wurde Kollege Josef Wolf Ravensburg gewählt. Allen Bewerbern besten Dank.

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbands- mitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach ihrem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Hefte folgen 16 A.) Berlin. Am 16. Januar starb der Kollege Wilhelm Kusche (Schlichter) im Alter von 69 Jahren an Herzschlag. Am 17. Januar starb der Kollege Heinrich Wichert (Maurer) im Alter von 78 Jahren. Am 20. Januar starb der Kollege Albert Utpedal (Maurer) im Alter von 58 Jahren an Grippe. Am 25. Januar starben die Kollegen Otto Schumacher (Stuttarter) im Alter von 57 Jahren und Ernst Ebel (Pauer) im Alter von 62 Jahren an Speiseröhren- krebs. Am 31. Januar starb der Kollege Max Schwedek (Seinholzer) im Alter von 33 Jahren an Blinddarmentzündung. Am 1. Februar starb der Kollege Gustav Thätner (Pauer) im Alter von 61 Jahren an Herzschlag. Corbach. Am 30. Januar starb der Kollege Heinrich Wille an den Folgen eines Unfalles. Deitzen. Am 29. Januar starb unser Kollege Wilhelm Mohs (Maurer) im Alter von 60 Jahren an Magenkrebs. Dresden. (Wilschdorf.) Am 14. Januar schied unser Mitglied August Weser (Maurer) im Alter von 70 Jahren freiwillig aus dem Leben. (W e i d e n.) Am 29. Januar starb unser Mitglied Paul Müller (Maurer) im Alter von 44 Jahren an Unentgelt. Gifhorn. Am 20. Januar starb unser Kollege Karl Patzwald im Alter von 62 Jahren. Er war 25 Jahre Mitglied unserer Organisation. Greiffenberg. Am 20. Januar starb das Mitglied Bruno Ulbrich (Hilfsarbeiter) aus Ober- güttschleben im Alter von 21 Jahren an Augen- entzündung. Gumburg. Am 15. Januar starb das Mitglied V. Müller (Maurer) im Alter von 28 Jahren an den Folgen des Strychs. Am 25. Januar starb das Mitglied Er. Jäger (Hilfsarbeiter) im Alter von 62 Jahren an einem Fußleiden. Am 27. Januar starb das Mitglied August Thormählen (Maurer) im Alter von 66 Jahren an Grippe. Am 4. Februar starb das Mitglied H. Köhler (Maurer) im Alter von 60 Jahren an Augenentzündung. Am 6. Februar starb das Mitglied Friedrich Hübner (Maurer) im Alter von 62 Jahren an Lungenleiden. Gajnd. Am 25. Januar starb unser Mitglied Richard Wittluhn (Maurer) im Alter von 26 Jahren an Grippe und Augenentzündung. Leipzig. (R o s e n h e i m.) Am 25. Januar starb unser Mitglied Karl Barth im Alter von 54 Jahren an Grippe. Am 26. Januar starb unser Kollege Karl Meckel im Alter von 33 Jahren an Lungenleiden. Am 31. Januar starb unser Kollege Karl August Schödel im Alter von 19 Jahren an Rheumatismus. Mainz. (S e c h t e i m.) Am 31. Januar starb unser Mitglied Adam Wilhelm Bauer (Maurer) im Alter von 56 Jahren an Bauchfell- entzündung. Mannheim. (O p p a u.) Am 27. Januar starb der Kollege Ludwig Cimelli an Herzschlag. Dreiebsburg. Am 26. Januar starb unser lieber Kollege Gustav Kempka (Maurer) im Alter von 87 Jahren an der Prostataerkranktheit. Potsdam. Am 24. Januar starb unser treuer Mitglied Heinrich Lidemann aus Westphalen im Alter von 23 Jahren an Grippe. Scherz. Am 1. Februar starb unser treuer Kollege Karl Spiegel (Hilfsarbeiter) im Alter von 73 Jahren an Grippe. Stettin. Am 25. Januar starb der Kollege Ferd. Teubert (Maurer) im Alter von 62 Jahren an den Folgen einer Operation. Tittau. Am 29. Januar starb unser Kollege Gustav Pitsch im Alter von 74 Jahren an Altersschwäche. Ehre ihrem Andenken!

Berichtsammlungen.

Hamburg. (H a l t e n a n f e h e r.) Sonntag, den 22. Februar, morgens 9 1/2 Uhr, bei Hofschütz, Ringer Gang Tages- ordnung: 1. Situationsbericht. 2. Vortrag: Inzucht und Ziele unserer Gemeindefürer. 3. Arbeitsgemeinschaft. 4. Bauwohl! (kollektive Westphalen). 5. Bestimmungsmittel. 6. Sonstige Situationsangelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.